

Zeitschrift: Gewerkschaftliche Rundschau für die Schweiz : Monatsschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes
Herausgeber: Schweizerischer Gewerkschaftsbund
Band: 11 (1919)
Heft: 7

Rubrik: Ausland

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 17.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Gartenstadt repräsentieren wird, ein Genossenschaftshaus, einen Konsumladen, eine Kaffeehalle, eine Schule, eine Postablage, Reparaturwerkstätten und anderes enthalten, so dass für die leiblichen Bedürfnisse der Freidörfler gesorgt ist. Man kann nur wünschen, dass das Unternehmen gedeiht und bald viele Nachahmer findet.



Notizen.

Ein Kämpfer für Wahrheit und Recht ist der «Gewerkschafter», Organ der Christlichen. Wir finden in einer der letzten Nummern die folgenden Sätze:

«Unlängst sprachen sich die «Berner Tagwacht» und mit ihr die andern Organe auch, mit aller Deutlichkeit dahin aus, «dass der Ueberflutung des Landes mit Arbeitskräften entgegengewirkt werden müsse.» Es handelt sich dabei um die Frage wegen der Einreise der deutschen Soldaten in ihre früheren Arbeitsstätten. Nun erschwerten tatsächlich die Behörden die Einreise und hielten manchen Arbeiter zurück. Plötzlich erklärt nun die «Tagwacht»: «Die organisierte Arbeiterschaft der Schweiz protestiert in Namen der Menschlichkeit gegen dieses Verfahren.» Der Leser mögen die beiden angeführten Sätze, die beide aus der «Tagwacht» stammen, miteinander vergleichen und sein Urteil sich selber darüber machen!»

Der Gewerkschafter weiss ganz genau, dass er mit dieser scheinbaren Gegenüberstellung seine Leser belügt, aber — der Zweck heiligt die Mittel.

Die Tatsachen sind die, dass die Arbeiterschaft, so leid es ihr ist, heute allerdings Grund hat, dagegen aufzutreten, dass die Grenzen *wahllos* jedem offenstehen, der herein will, denn es würden in dem Fall in kürzester Frist Zehntausende von Fremden hereinfluten und die Not der Arbeitslosen unendlich vergrößern. Dagegen sind unsere organisierten Arbeiter von soviel Mitgefühl und Solidarität mit denjenigen beseelt, die seit vier Jahren im Kriege waren und ihre Familien hier haben, dass sie es als brutal empfinden, wenn man diesen Leuten den Eintritt verwehrt. Dafür hat das christliche Gemüt des «Gewerkschafters» allerdings kein Verständnis. Um dieses zu rühren, muss schon ein abgetakelter Erzherzog kommen,

Für Liebhaber der „Arbeiterstimme“. Ein alter Genosse von 66 Jahren, der infolge vielfacher Arbeitslosigkeit sich in Not befindet, wünscht eine Anzahl eingebundener Jahrgänge der «Arbeiterstimme» zu verkaufen. Er offeriert: Jahrgang 1890 vollständig, sodann Jahrgang 1891 vom 3. Oktober an bis zum 30. März 1898 in sieben Bänden im Gewicht von 13 Kilo.

Wir bitten Interessenten, sich an das Sekretariat des Gewerkschaftsbundes zu wenden. Es wäre dies insbesondere für die Verbände eine günstige Gelegenheit, ihre Archive zu komplettieren.



Schweizerische Volksfürsorge.

(Mitg.) Bei der Verwaltung der Volksfürsorge treffen fortwährend, namentlich aus solchen Gegenden, wo noch keine Agenturen und Vermittlungsstellen bestehen, Gesuche um Zustellung von Statuten und Tarifen ein. Oft wird von den betreffenden Interessenten, nachdem sie vom Inhalt der Drucksachen Kenntnis genommen haben, noch über irgendeinen Punkt Aufklärung verlangt, die von der Verwaltung stets gerne erteilt wird.

So wird zum Beispiel sehr oft die Frage gestellt: «Wie wird das Eintrittsalter bestimmt?»

Die Antwort hierauf lautet: «Als Eintrittsalter gilt das am letzten Geburtstage zurückgelegte Altersjahr,

wenn seit diesem Geburtstage nicht mehr als sechs Monate verflossen sind. Sind mehr als sechs Monate verflossen, so gelten die am nächsten Geburtstage zurückgelegten Altersjahre als Eintrittsalter. Wer also im Augenblick des Beginns der Versicherung zum Beispiel 34 Jahre und fünf Monate alt ist, gilt als 34jährig, wer aber 34 Jahre und sieben Monate alt ist, gilt als 35jährig.»



Ausland.

Deutschland. *An die organisierten Arbeiter aller Länder.** Arbeiter! Genossen! Die am 13. und 14. Mai in Berlin versammelten Vorstände der Gewerkschaften Deutschlands haben mit Abscheu Kenntnis genommen von der brutalen Erdrosselung des deutschen Volkes, die der Imperialismus der Westmächte durch seine jetzt bekanntgegebenen «Friedens»bedingungen herbeizuführen entschlossen ist.

Die deutschen Gewerkschaften erkennen durchaus an, dass die durch den Krieg angerichteten Verwüstungen in Belgien und Nordfrankreich wieder gutgemacht werden müssen, und Deutschland hat längst seine Bereitwilligkeit erklärt, nach besten Kräften daran mitzuwirken. Das deutsche Volk hat nicht die Absicht, sich diesen Verpflichtungen zu entziehen.

Aber diese Friedensbedingungen der Entente stellen einen imperialistischen Gewaltfrieden schlimmster Art dar. An Stelle des versprochenen Weltfriedens, der die Versöhnung der Völker und das Ende aller blutigen Kriege bringen sollte, wird hier ein Volk von 70 Millionen zu Heloten und Sklaven des alliierten und assoziierten Kapitals der Weststaaten gemacht.

Deutschland soll seiner besten Wirtschaftsgebiete beraubt werden. Franzosen, Belgier und Polen wollen wichtige Teile unserer landwirtschaftlichen und industriellen Produktion an sich reißen. Ein Viertel unseres Ernährungslandes, das ohnehin für unsere Volksernährung bei weitem nicht ausreicht, 35 Prozent unserer Kohlengebiete und mehrere der wichtigsten Erzlager werden gewaltsam von Deutschland abgetrennt. Die deutschen Kolonien werden annektiert. Unsere Handelsflotte, die vor dem Kriege die zweite der Welt war, wird an die 10. Stelle herabgedrückt, sobald der durch den Gewaltfriedensvertrag begründete Raub der deutschen Handelsschiffe erfolgt sein wird.

Die finanziellen Verpflichtungen, die uns in der Form unermesslicher und noch nicht endgültig festgesetzter Kriegsentschädigungen auferlegt werden sollen, machen auf wenigstens 50 Jahre das deutsche Volk, insbesondere seine Arbeiter, zu Lohnsklaven der Kapitalisten der Weststaaten. Für die nächsten fünf Jahre allein sollen wir neben den von der Entente selbstherrlich festzusetzenden Milliarden an Barzahlungen jährlich etwa 40 Millionen Tonnen Kohle an Frankreich, Belgien und Italien liefern, während unsere Kohlenausfuhr überhaupt vor dem Krieg nach Abrechnung von 10,38 Millionen Tonnen Einfuhr nur etwa 20 Millionen Tonnen betrug. Dadurch sowie durch die sonstigen geradezu unerhörten wirtschaftlichen Fesseln wird unsere ganze Industrie lahmgelegt, und die deutschen Arbeiter werden zu Arbeitslosigkeit, Not, Elend und Auswanderung verurteilt.

Das ist der «Frieden», den die Staatsmänner der feindlichen Mächte dem deutschen Volk auferlegen wollen, nachdem es im Vertrauen auf den versprochenen und von allen Kriegführenden angenommenen Rechtsfrieden des Präsidenten Wilson die Waffen niedergelegt hatte und in der Revolution unter Führung der deutschen

* Die Konferenz der Vertreter der Verbandsvorstände beschloss, zu den Friedensbedingungen der Entente diesen Aufruf an die organisierten Arbeiter aller Länder zu erlassen.

Sozialdemokratie an die Verwirklichung des Sozialismus heranzugehen entschlossen war. Dieser «Frieden» ist nicht nur eine mit anderen Mitteln bewerkstelligte Fortsetzung des Krieges gegen das deutsche Volk, sondern er bedeutet zugleich ein Attentat des vereinigten Kapitals gegen den Sozialismus.

Dafür zeugt auch das Kapitel des Vertragsentwurfs über das internationale Arbeitsrecht. Nicht eine der von den Gewerkschaften aller Länder in Leeds 1916, Bern 1917 und 1919 erhobenen Forderungen zum Schutz der Arbeiter aller Länder gegen die kapitalistische Ausbeutung wird verwirklicht. Lediglich eine neue Organisation der früheren Arbeiterschuttkonferenzen soll durchgeführt werden, aber in einer Form, die alle Entscheidung in die Hände der Bürokraten und Unternehmer legt und dann noch den einzelnen Staaten das Recht gibt, einen mit zwei Dritteln gefassten Mehrheitsbeschluss abzulehnen. Da der neue Völkerbund zunächst weder Russland noch Deutschland oder die im Krieg neutralen Staaten einschliesst, werden die Arbeiterrechte von dem internationalen Grosskapitalismus und den kulturell und industriell rückständigen Staaten der Welt bestimmt werden. Das ist nichts als eine Verhöhnung der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter aller Länder und ein Trutzbündnis des Kapitals gegen den internationalen Arbeiterschutz.

So präsentiert sich dieser «Friedensvertrag» der Ententestaatsmänner als ein Schlag gegen das Proletariat der Welt. Wie vor über 100 Jahren die feudale Reaktion Europas sich gegen die Republik der grossen französischen Revolution zur Rettung der Monarchien vereinigte, so erleben wir jetzt unter Führung der Westmächte eine Verschwörung des internationalen Kapitalismus gegen den Sozialismus und die soziale Revolution des Proletariats.

Gegen die Vergewaltigung erheben die Gewerkschaften Deutschlands Protest. Sie dürfen für sich in Anspruch nehmen, in der Bekundung der internationalen Solidarität der Arbeiterklasse nie zurückgestanden zu haben, und sie glauben daher an die Arbeiter aller Länder appellieren zu dürfen, sich diesem Protest gegen die Vergewaltigung durch das internationale Kapital anzuschliessen.

Deutschland. Die vierte Million-Mitglieder haben die der Generalkommission angeschlossenen Zentralverbände Ende April überschritten. Am Ende des 3. Quartals 1918 zählten die deutschen Gewerkschaften 1,415,452 Mitglieder. Bis Jahresschluss erreichten sie etwa 2 Millionen, Ende Januar 2½ Millionen, Ende Februar 3 Millionen, und seitdem haben sich ihre Reihen wieder um 1 Million verstärkt. Wenn die Entwicklung im gleichen Tempo so weitergeht, so wird der Deutsche Gewerkschaftsbund, dessen Satzungen auf dem Ende Juni in Nürnberg stattfindenden Gewerkschaftskongress beschlossen werden sollen, wahrscheinlich seine Wirksamkeit mit einer Gesamtmitgliederzahl von fünf Millionen beginnen können.

Von den 50 Gewerkschaften zählt der Deutsche Metallarbeiterverband allein 1,006,993 Mitglieder, während 10 Verbände zwischen 100,000 bis 400,000 Mitglieder aufweisen (Fabrikarbeiter 400,000, Transportarbeiter 272,000, Bauarbeiter 270,000, Eisenbahner 250,000, Holzarbeiter 222,043, Textilarbeiter 210,669, Bergarbeiter 200,000, Gemeindearbeiter 166,155, Landarbeiter 150,000 und Handlungsgehilfen 135,000). Seit der Vorkriegszeit haben die Gewerkschaften um 1,5 Millionen Mitglieder zugenommen. Von dieser Zunahme entfallen allein 88 Prozent (1,3 Million) auf die Verbände der Metallarbeiter, Fabrikarbeiter, Landarbeiter, Gemeindearbeiter, Handlungsgehilfen, Bergarbeiter, Textilarbeiter, Transportarbeiter, Schneider, Holzarbeiter und Schuhmacher; dazu kommt der neue Verband der Eisenbahner mit 250,000 Mitgliedern. Dagegen sind die baugewerblichen Verbände mit etwa 130,000 Mitgliedern gegenüber der Vorkriegszeit im Rückstand geblieben, weil das Baugewerbe noch völlig daniederliegt.

Doch können sich nach Wiederaufnahme der Bauarbeit ganz erhebliche Verschiebungen ergeben.

Der starke Mitgliederandrang stellt natürlich an die Gewerkschaftsfunktionäre ganz ausserordentliche Ansprüche. In manchen Verbänden reicht die Zahl der besoldeten Kräfte nicht aus, um den Anforderungen nach Verwaltungsarbeit und Tarifabschlüssen zu genügen. Um so wahnwitziger ist das Treiben eines Teils der der Unabhängigen Sozialdemokratie und den Kommunisten nahestehenden Gewerkschaftsmitglieder, die die alten, erfahrenen Gewerkschaftsangestellten kündigen und massregeln, weil ihnen ihre politische Gesinnung nicht gefällt. Keine Organisation kann jetzt ihre Kräfte entbehren. Die Arbeiterschaft hat selbst den empfindlichen Nachteil davon, wenn sie dieser Massregelungspraxis noch länger ruhig zusieht.

Deutsch-Oesterreich. Bis zum Zerfall des alten Oesterreichs rekrutierten sich die Mitglieder der Gewerkschaften aus den Organisationen der verschiedenen Kronländer mit Ausnahme von Kroatien und Böhmen, die sich schon früher von der alten Organisation abgesplittert hatten und eigene nationale Organisationen hatten.

Nun erhebt sich aber die Frage: Was soll aus dem Teil der deutschen Organisationen werden, der in Gebieten sich befindet, die gewaltsam sprachfremden Ländern angeschlossen werden? Wohl vertrat man in Deutsch-Oesterreich vor dem Krieg den Standpunkt, dass das Wirtschaftsgebiet und nicht die Sprachzugehörigkeit massgebend sein soll, und man bekämpfte daher besonders den tschechischen Separatismus. Man will diesen Grundsatz auch heute noch gelten lassen, glaubt aber, dass es bei dem leidenschaftlichen Kampf, der gegenwärtig zwischen Deutschen und Tschechen geführt wird und der alle nationalen Leidenschaften aufwühlt, nicht möglich ist, dass Deutsche und Tschechen heute in einer Organisation vereinigt sein könnten.

So wie die Dinge liegen, können aber auch die Deutschböhmen, die Deutschmähren und die andern Bewohner deutschsprachiger Gebiete, die von Deutsch-Oesterreich losgerissen werden, nicht mehr mit diesen der Landesorganisation Deutsch-Oesterreich angehören. Es ist nun beschlossen worden, für diese von ihrem Mutterland losgelösten deutschen Gebiete eine neue Landesorganisation zu errichten. Das bedeutet zuerst allerdings eine Organisationszersplitterung, doch ist zu hoffen, dass sich bald eine allen Teilen gerecht werdende Lösung findet.



Literatur.

Die Probleme des Bolschewismus. Broschüre von Minna Tobler-Christinger. Preis: 30 Rappen. Immer mehr wird im Streit über den Bolschewismus die Frage der Gewalt, des Terrorismus, der Diktatur in den Vordergrund gerückt, und darüber werden die Probleme, die den Wert und das prinzipiell Neue der russischen Arbeiterbewegung ausmachen, vernachlässigt. Selbst die Anhänger des Bolschewismus in Westeuropa wissen im allgemeinen sehr wenig über die grosse, positive, organisatorische Arbeit, durch die die russischen Revolutionäre eine neue Gesellschaftsordnung zu bilden versuchen.

Aus diesem Grund dürfte die Broschüre insbesondere bei der sozialistisch denkenden Arbeiterschaft, aber auch in weitem Kreisen, die grösste Beachtung und Verbreitung verdienen. Sie behandelt nicht die Frage, wie man mit Gewalt herrschen könne, sondern wie man die neue Gesellschaft ausgestaltet. Zu beziehen durch den Verlag E. Steiner, Stolzeinstrasse 21, Zürich.

